



SACHSEN-ANHALT

Ministerium für
Landesentwicklung und Verkehr

**Maßnahmen zur Eindämmung der Ausbreitung des neuartigen Corona-Virus
SARS-CoV-2 in Sachsen-Anhalt;**

**Zweite Verordnung zur Änderung der Neunten SARS-CoV-2-
Eindämmungsverordnung vom 8. Januar 2021 (9. SARS-CoV-2-EindV);**

**Ausnahmereglung für berufsbezogene Ausbildung in den Fahrschulen sowie für die
Aus- und Fortbildung nach dem Berufskraftfahrerqualifikationsgesetz (BKrfQG);
Umgang mit Fristverlängerungen und Nachweisen nach dem Fahrlehrergesetz
(FahrlG), der Fahrerlaubnis-Verordnung (FeV), des BKrfQG u.a.**

Trotz der seit November 2020 getroffenen Eindämmungsmaßnahmen steigt die Zahl der Infektionen mit dem neuartigen Coronavirus SARS-CoV-2 weiterhin an.

Durch Beschluss der Konferenz von Bund und Ländern vom 5. Januar 2021 wurden diese Maßnahmen nunmehr in einigen Bereichen seit 11. Januar 2021 weiter verschärft.

Die Landesregierung Sachsen-Anhalts hat daher die Zweite Verordnung zur Änderung der Neunten SARS-CoV-2-Eindämmungsverordnung erlassen, welche am 11. Januar 2021 in Kraft trat.

Grundsätzliche Schließung des Betriebs von Fahrschulen für den Publikumsverkehr

Die seit 16. Dezember 2020 erfolgte Schließung der Fahrschulen für den Publikumsverkehr bleibt gemäß § 4 Abs. 3 Nr. 22 der 9. SARS-CoV-2-EindV grundsätzlich bestehen.

**Fahrausbildung (nur Praxis) für unmittelbar vor dem Abschluss der Ausbildung stehende
Fahrschüler**

Bereits anberaumte theoretische oder praktische Prüfungen können weiterhin durchgeführt werden. Der Fahrschüler muss bereits prüfungsreif sein.

Separate „Ausbildungsfahrten zur Vorbereitung der Prüfungen“ sind weiterhin untersagt. Lediglich die Fahrten, die Fahrlehrer und Prüfling zum Prüfungsort zum Zwecke der Durchführung der fahrpraktischen Prüfung (i. d. R. gemeinsam) zurücklegen, dürfen - da unmittelbar mit der Prüfungsdurchführung im Zusammenhang stehend – durchgeführt werden.

**Ausnahmereglung für berufsbezogene Ausbildung (Theorie und Praxis) in den Fahrschulen
sowie für die Aus- und Fortbildung nach dem BKrfQG**

Mit der Zweiten Verordnung zur Änderung der Neunten SARS-CoV-2-EindV ist ab 11. Januar 2021 eine Ausnahmeregelung in § 4 Abs. 4 Nr. 5 der 9. SARS-CoV-2-EindV aufgenommen worden.

Danach ist die Öffnung der Fahrschulen ausschließlich für die berufsbezogene Ausbildung und Angebote der Berufsfahrerqualifikation in Kleingruppen bis maximal fünf Personen, einschließlich des Dozenten gestattet. Die Begründung führt hierzu aus, dass somit für die Fahr- und Flugschulen eine beruflich bedingte Ausbildung möglich ist und demnach theoretische Angebote und Ausbildungsveranstaltungen sowie praktische Fahrstunden durchgeführt werden können, sofern die maximale Personenzahl von fünf Personen einschließlich der Dozentin oder des Dozenten nicht überschritten wird. Die Durchführung dieser berufsbezogenen Ausbildungen und Angebote ist zur Aufrechterhaltung der gewerblichen Infrastruktur notwendig.

In diesen Fällen ist der Theorie- und Praxisunterricht (auch in Präsenzform) unter Einhaltung der Hygienevorgaben aus § 1 der 9. SARS-CoV-2-EindV möglich. Berufliche Zwecke sind hierbei eng auszulegen, es geht insbesondere um die Fahrausbildung in den LKW- und Bus-Fahrerlaubnisklassen. Die Fahrschüler müssen im Zweifelsfall den beruflichen Zweck nachweisen.

Unter den Begriff der „berufsbezogenen Ausbildung und Angebote der Berufskraftfahrerqualifikation“ fallen:

- der berufsbedingte Erwerb der Fahrerlaubnisklassen C/CE/D/DE (Lkw, Bus) sowie dafür dringend erforderliche Vorbesitzklassen
- der Erwerb der Fahrerlaubnisklasse B/BE bei Förderung der Bundesagentur für Arbeit
Arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen und sonstige berufliche Fortbildungen, die aufgrund gesetzlicher Vorschriften für die konkret ausgeübte Tätigkeit erforderlich sind. Nicht umfasst sind hingegen alle arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen, die allein der Erlangung einer Fahrerlaubnis zum privaten Führen eines PKW im öffentlichen Verkehr dienen, um dadurch eine bessere Vermittlung auf dem Arbeitsmarkt zu erreichen. Bei diesen handelt es sich per Definition nicht um eine „Berufsfahrerqualifikation“, die nach § 4 Abs. 4 Nr. 5 der 9. SARS-CoV-2- EindV vom Verbot ausgenommen ist.
- der Erwerb der Fahrerlaubnisklasse B/BE bei stichhaltiger Arbeitgeberbescheinigung (z.B. für Rettungssanitäter, Pflegeberufe oder sonstige systemrelevante Berufe bzw. zur Aufrechterhaltung der gewerblichen Infrastruktur (z.B. Fahrerlaubnisklasse L und T für Landwirte)
Dies gilt nicht nur für die v.g. aufgezählten Berufe und sonstigen systemrelevanten Berufe. Vielmehr wird die berufsbezogene Ausbildung aller Berufsgruppen ermöglicht.
- die Durchführung von Aus- und Weiterbildungsveranstaltungen nach dem Berufskraftfahrerqualifikationsrecht in den Fahrschulen

Von der Ausnahmeregelung nach § 4 Abs. 4 Nr. 5 (alt Nr. 2) der 9. SARS-CoV-2-EindV sind nicht erfasst:

- die Fahrschulausbildung für eine ehrenamtliche Tätigkeit des Rettungsdienstes, Katastrophenschutzes oder vergleichbarer Einrichtungen
Nach Rücksprache mit dem zuständigen Sozialministerium, lässt sich die Fahrschulausbildung der ehrenamtlich Tätigen nicht unter die in § 4 Abs. 4 Nr. 2 genannten Begriffe subsumieren. Im Gegensatz zu Bayern wird in Sachsen-Anhalt die Ausbildung von Ehrenamtlichen vom Verbot der Bildungsangebote nicht ausgenommen. Gegen ein Verbot dieser Ausbildungen spricht auch nicht der Gleichbehandlungsgrundsatz. Absatz 4 Nummer 5 bezieht sich auf berufsbezogene Ausbildungen und dient mithin dem Schutz der Berufsfreiheit und gewerblichen Infrastruktur. Absatz 4 Nummer 2 schützt hingegen das Gesundheitswesen und dient der Sicherstellung der Leistungsfähigkeit.
- ADR-Schulungen und Erste-Hilfe-Kurse
Die Ausbildung zum Transport gefährlicher Güter auf der Straße (ADR-Schulung) ist von der Ausnahme nach Absatz 4 Nummer 2 nicht umfasst. Die ADR-Schulungen sind auch nicht Teil der berufsbezogenen Ausbildung der Fahrschulen und fallen damit nicht unter § 4 Abs. 4 Nr. 5 der 9. SARS-CoV-2-EindV.
Die Erste-Hilfe-Kurse sind keine Bildungsangebote im Gesundheitswesen. Bildungsangebote im Gesundheitswesen beschreibt nur die Angebote für die dort Beschäftigten. Damit soll die Leistungsfähigkeit und das „know-how“ des Gesundheitswesens gesichert werden.

Abstandsregelung und Mund-Nasen-Bedeckung

Besucher haben die Abstandsregelung nach § 1 Abs. 1 Satz 2 Nr. 1 der 9. SARS-CoV-2-EindV zu beachten bzw. bei Unterschreitung (z. B. in engen Gängen, bei unvermeidbarer gemeinsamer Nutzung von Fahrzeugen) eine textile Barriere im Sinne einer Mund-Nasen-Bedeckung nach § 1 Abs. 2 der 9. SARS-CoV-2-EindV zu tragen. Bei der im Ausnahmefall zur Öffnung der Fahrschulen ermöglichten berufsbezogenen Ausbildung und der Weiterbildung nach der Berufskraftfahrerqualifikation als auch für die noch nach § 4 Absatz 3 Nr. 22 bereits anberaumten Prüfungen, gilt § 11 Abs. 9 entsprechend, so dass hier in allen Fällen (auch im Unterricht) die Verpflichtung zum Tragen einer Mund-Nasen-Bedeckung besteht.

Weiterführen von Prüfungen der Technischen Prüfstelle (DEKRA e.V.)

Der Ordnungsgeber sieht vor, dass einerseits bereits „anberaumte“ theoretische oder praktische Prüfungen bei der (beliebigen) Technischen Prüfstelle des DEKRA e.V. nach § 4 Abs. 3 Nr. 22 der 9. SARS-CoV-2-EindV als auch die Prüfung nach Abschluss einer

berufsbezogenen Ausbildung in den Fahrschulen nach § 4 Abs. 4 Nr. 5 (analog Nr. 2) der 9. SARS-CoV-2-EindV beendet bzw. weiterhin stattfinden können.

Ebenso stellt die Begründung klar, dass die mit öffentlich-rechtlichen Aufgaben Beliehenen (z.B. DEKRA) weiterhin theoretische und praktische Prüfungen durchführen können.

Online Unterricht und E-Learning

Online Unterricht anstelle des Präsenzunterrichts ist in Sachsen-Anhalt weiterhin auch nicht als Ausnahmeregelung zugelassen. Die hierfür rechtlichen Voraussetzungen werden derzeit geprüft.

Umgang mit Fristverlängerungen und Nachweisen

Die weiterhin andauernde Pandemie des SARS-CoV-2-Virus und des erneuten Lockdown wirkt sich weiterhin auch auf das Fahrerlaubnis- und Fahrlehrerwesen und die Berufskraftfahrerqualifikation aus. Personen, welche in der Daseinsvorsorge arbeiten und hierzu auf eine gültige Fahrerlaubnis oder anderweitige Nachweise angewiesen sind, stehen im Vordergrund eines auch in absehbarer Zukunft weiterhin funktionierenden Fahrerlaubniswesens in den zuständigen Behörden. Wichtig ist, dass vor allem Fahrerinnen und Fahrern in systemkritischen Branchen und Privatpersonen in Notlagen die Antragstellung/Fristverlängerung etc. weiterhin ermöglicht werden kann.

Grundsätzlich stellen die Fristverlängerungen eine Möglichkeit dar, den Problemen der Epidemie entgegenzutreten. Dabei sollen rechtliche Möglichkeiten ausgeschöpft und darüber hinaus unbürokratisch die Verlängerung von Befristungen ermöglicht werden.

Sofern die Fahrerlaubnisbehörden den „Betrieb“ ungehindert aufrechterhalten und ihren Einwohnern die Antragstellung und Bearbeitung wie gewohnt garantieren können, bedarf es naturgemäß keiner befristeten Übergangslösungen. Dies schließt die ungehinderte Möglichkeit der Beibringung von erforderlichen Nachweisen, wie z.B. ärztlichen Untersuchungen oder Gutachten, ein.

Fahrerlaubnisprüfungen und damit verbundene Fristen

Nach alter Erlasslage wurden bestehende Fristen, die vom Aussetzen der Prüfungen ab 19.03.2020 bis 3. Mai 2020 betroffen waren - in Abstimmung mit der Technischen Prüfstelle von dort Kraft technischer Fristverlängerung - um 6 Monate verlängert. Durch die erneute Schließung der Fahrschulen bitte ich in Abstimmung mit der Technischen Prüfstelle aus Gründen der Nachvollziehbarkeit um folgendes Verfahren:

Die Gültigkeit bestehender Prüfaufträge gelten abweichend von § 22 Abs. 5 FeV von Amts wegen bis zum **30. Juni 2021** als verlängert. Gleiches gilt für die Gültigkeit von theoretischen Prüfungen nach § 18 Abs. 2 FeV. Einzelfallabhängige Ausnahmen sollen so vermieden und kann aus Verkehrssicherheitsgründen verantwortet werden, da die Verzögerung nicht auf einer mangelnden Eignung des Bewerbers beruht.

Mit dem Stichtagprinzip werden durch die Technische Prüfstelle die abgelaufenen Prüfaufträge an die zuständigen Fahrerlaubnisbehörden zurückgesandt und diese werden um Verlängerung des Gültigkeitsdatums auf dem Prüfauftrag gebeten. Die Behörden bleiben Herr des Verfahrens und können weiterhin abweichende Entscheidungen im Einzelfall treffen.

Das einheitliche Stichtagsprinzip garantiert einen einheitlichen Datensatz zu dem jeweiligen Prüfauftrag bei den Fahrerlaubnisbehörden als auch der Technischen Prüfstelle.

Über Fristverlängerungen bei Ausbildungsnachweisen ist die Technische Prüfstelle ebenfalls zu informieren.

Geltungsdauer der Fahrerlaubnisklassen

Es bestehen keine Bedenken, die Geltungsdauer der Fahrerlaubnisklassen C, C1, CE, C1E, D, D1, DE und D1E bis zum **30. Juni 2021** zu verlängern, auch wenn die von § 24 Abs. 1 S. 1 Nr. 1, S. 3 FeV geforderten Nachweise nicht erbracht werden. § 24 Abs. 1 S. 1 Nr. 2 FeV bleibt davon unberührt. Es kommt eine Verlängerung ohne Eignungsnachweis dann nicht in Betracht, wenn der Fahrerlaubnisbehörde konkrete Tatsachen bekannt sind, die Bedenken gegen die Eignung des Antragstellers begründen.

Eintragung der Schlüsselzahl 95 in den Führerschein

Können die erforderlichen Nachweise für eine Verlängerung des Eintrags der Schlüsselzahl 95 im Kartenführerschein nicht vorgelegt werden, verlängert die Fahrerlaubnisbehörde die Eintragung der Schlüsselzahl 95 bis zum **30. Juni 2021** und fertigt einen entsprechenden neuen Kartenführerschein aus. Dies gilt nur, sofern die Schlüsselzahl 95 nicht bereits vor dem 16. Dezember 2020 abgelaufen ist. Vom Erfordernis der Grundqualifikation als Berufskraftfahrer darf nicht abgesehen werden.

Fort- und Weiterbildungspflichten

Über Corona-bedingte Verstöße gegen Fortbildungspflichten, versäumte Schulungen, Seminare, Gutachten, Aufbau-seminare oder Kurse der Fahreignung etc. sind im Einzelfall unter Heranziehung

des § 74 Abs. 1 FeV durch die zuständigen Behörden Ausnahmen im Einzelfall zu prüfen.

Sollten aufgrund der Corona-Pandemie vorgeschriebene Fort- und Weiterbildungen nicht stattfinden und in der Folgezeit bislang nicht fristgerecht durchgeführt werden können, besteht diese Verpflichtung weiterhin fort. Die vorgeschriebenen Fort- bzw. Weiterbildungen sind zeitnah bis spätestens **30. Juni 2021** nachzuholen.

Bei der Ahndung von Verstößen gegen die nachfolgend genannten Fort- bzw. Weiterbildungspflichten soll das Opportunitätsprinzip angewandt werden.

Dazu gehören die Fort- bzw. Weiterbildungspflichten folgender Personen:

- Ausbilder nach § 8 BKrFQV,
- Fahrlehrer nach § 53 Abs. 1 FahrlG,

- Inhaber einer Seminarerlaubnis Aufbauseminar bzw. Verkehrspädagogik nach § 53 Abs. 2 FahrIG,
- Ausbildungsfahrlehrer nach § 53 Abs. 3 FahrIG.
- Psychologen der Fahreignungsseminare nach § 4a StVG,
- Gutachter der Begutachtungsstellen für Fahreignung nach § 66 FeV i.V.m. Anlage 14 zur FeV,
- mit der Schulung in Erster Hilfe befasste Personen nach dem Anerkennungsbescheid i.V.m. § 68 Abs. 2 Satz 3 FeV,
- Kursleiter der Kurse zur Wiederherstellung der Kraftfahreignung nach § 70 FeV i.V.m. Anlage 15 zur FeV,

Diese Ausnahmeregelung gilt nicht für Fort- bzw. Weiterbildungsfristen, die am 15.12.2020 bereits abgelaufen waren.

**Ministerium für Landesentwicklung und Verkehr
des Landes Sachsen-Anhalt**

Magdeburg, den 14.01.2021